

VEB – Zehn Jahre später

Was die SED dazu sagt, und was gesagt werden müßte

An diesem 30. Juni jährt sich zum zehnten Male der Tag, an dem die SED mit Vollmacht der Sowjetischen Militäradministration die beschlagnahmten Sowjetzonenbetriebe für „volkseigen“ erklären ließ. „Eine industrielle Blüte nie gekannter Art“ sollte aus dieser Maßnahme erwachsen, Zehn Jahre sind darüber hingegangen. Ist die SED in der Lage, eine Bilanz vorzulegen? Sie wird und sie kann es nicht tun! Sie wird den Tag als Propagandaakt nutzen, ohne der Bevölkerung und den Betriebsarbeitern Rechenschaft über die VEBs abzulegen. Die Propaganda aber widerlegt sich selbst in den Schaufensterauslagen des Staatlichen Handels und in der vergleichenden Betrachtung mit der industriellen Entwicklungskurve Sowjetzone—Bundesrepublik.

Ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt ist in der SED — von der Partei gewiß nicht beabsichtigt — eine harte Diskussion um industrielle und soziale Vergleichsziffern Sowjetzone—Bundesrepublik entbrannt. Ein maßgeblicher SED-Ökonom, Professor Behrens, hat in der Zeitschrift „Wirtschaft“ unwiderlegbar festgestellt:

- Die Preise für Industrie-waren und Gebrauchsartikel liegen in der Zone ausnahmslos über denen in der Bundesrepublik.
- Die Lebenshaltungskosten liegen infolge dieser erhöhten Preise in der Zone weit über dem westdeutschen Niveau.

Unangenehme Wahrheiten

SED-Professor Behrens versäumte nicht, seiner aufsehenerregenden These gültiges Dokumentationsmaterial hinzuzufügen. Erstmals verwandte er dabei sowjetzonale Produktionszahlen, an deren Bekanntwerden die SED kein Interesse besitzt. Die Folge war ein wütendes Kesseltreiben gegen Behrens, das bis zur Stunde noch nicht beendet ist. Seine Wahrheiten drohten die gesamte Parteipropaganda mit

nüchterner Sachlichkeit zu widerlegen.

Vielleicht hätte man diesem SED-Ökonomen eine grundlegende Betrachtung zum Thema „Zehn Jahre VEB“ in der Parteipresse schreiben lassen sollen. Er wäre imstande, das Rätsel zu klären, warum es der SED nicht gelungen ist, trotz allen machtmässigen und materiellen Voraussetzungen die Staatsbetriebe rentabel zu machen. So aber sind 30 Prozent der VEB noch immer einwandfrei Verlustbetriebe. Bürokratische Überspitzungen, Planungsfehler, einseitige Subventionierungen für Schwerpunktbetriebe und eine psychologisch verfehlte Arbeitspolitik haben dazu geführt. Die SED hat den mitteldeutschen Arbeiter wie einen kaukasischen Stachanowetz betrachtet, den man immer wieder „an die Arbeit peitschen“ muß. Sie hat jede soziale Erregungsfähigkeit, die in Deutschland bereits lange vor der SED bestanden hat, als „ihre“ eigene Leistung ausgegeben und sich dann gewundert, wenn die Arbeiter dafür keinen besonderen Kniefall zu tun gedachten.

Streikrecht wäre Beweis

Die SED hätte es leicht, ein einwandfreies Barometer für

ihre soziales Betriebsklima in den VEB anzulegen: Sie brauchte nur das Streikrecht wieder einzuführen! Allein die Tatsache, daß sie dies nicht tut, ist Beweis genug. Die SED erklärte: Die Lohnkämpfe in Westdeutschland seien ein Beweis für die unsoziale Lage in den kapitalistischen Betrieben. Ihr bisher geachteter Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Fritz Behrens aber erklärte in der Ostpresse: Die westdeutschen Arbeiter haben sich einen besseren Lebensstandard als die der „DDR“ erkämpft! Was soll das heißen? Herrscht im „Kapitalismus“ vielleicht doch mehr soziale Freiheit, daß sich hier der Arbeiter einen hohen Lebensstandard „erkämpfen“ kann, während er im „Sozialismus“ überhaupt keine Kampfmittel — wie z. B. den Streik — besitzt?

Nur solche Überlegungen kommen der Wahrheit näher. Und die SED feindet ihren Ökonomen nicht zu Unrecht an, wenn er die Arbeiter auf diese Überlegungen brünet.

Die „Betriebsarchive“

Eine neue Propagandamaßnahme der Partei besteht in der Veröffentlichung der „Betriebsarchive“. In allen VEB sind SED-Archivare am Werk, um aus den Geschäftsunterlagen der ehemaligen Besitzer die „Ausbeutung“ abzuleiten. Man hat sich dabei vornehmlich auf Unterlagen aus dem Kriege gestützt, wo einige Fabrikanten nicht schlecht an der Rüstungsproduktion verdienten. „Wehrwirtschaftsführer“ und prominente PG werden hier als Maßstab für die Masse der enteigneten Mittelbetriebe herangezogen, deren soziales Be-

(Fortsetzung Seite 3)

J. B. Gradi:

Der Aufstand und die Sowjets

Kein Tag seit dem 8. Mai 1945 gibt so wie der 17. Juni 1953 Anlaß zum Nachdenken über das deutsche Problem. Dieser Tag ist noch nicht zu Ende gegangen. Sein Lauf wurde aufgehalten durch jenen Befehl des sowjetischen Kommandanten, der in der Mittagsstunde des 17. Juni das Kriegsrecht über die demonstrierenden Deutschen verhängte und damit den Vollzug des Volkswillens gegen das Pankower System bremsete. Die Welt diskutiert, ob in Moskau wirklich Veränderungen eingetreten sind, welcher Art und wie tief sie etwa sind, ob und wie die westliche Politik sich anpassen sollte. Im deutschen Besatzungsbereich Moskaus aber hat sich nichts geändert. Dasselbe System und dieselbe Gruppe Ulbricht ist am Werk — gerade so, als ob es einen 17. Juni 1953 nie gegeben hätte.

Wir wissen nicht, welche Meinung die sowjetischen Politiker heute von jenem deutschen Aufstand haben. Damals war es für sie — man kann es in der „Prawda“ nachlesen — nur ein „Abenteuer ausländischer Söldlinge“ und nur ein „Berliner Ereignis“. Es wäre ja auch zu schwer gewesen, einen ganz Mitteldeutschland umfassenden Aufstand als Ergebnis der „provokatorischen Tätigkeit ausländischer Agenten“ zu erklären. Man möchte es für unmöglich halten, daß sich die Politiker des Kremel, die man wohl von seinen Propagandisten zu unterscheiden hat, auch heute noch über den wirklichen Sinn des 17. Juni täuschen. Daß sie sich täuschen lassen von organisierten Begrüßungskundgebungen bei sowjetischen Staatsbesuchen in Ostberlin und der Zone.

Eine wirkliche Gefahr

Wäre es so, es wäre verhängnisvoll. Alle vier Besatzungsmächte hatten sich nach 1945 daran gewöhnt, daß die Deutschen flugsame Besatzungsuntertanen waren. Gelegentlich haben ausländische Stimmen

das sogar mit einem Gemisch von Verwunderung und Hohn festgestellt. Tatsächlich gab es bei uns keine Überfälle, keine Partisanen, keine Sabotage. Deshalb hat der 17. Juni die Welt dann so überrascht. Er hat gezeigt, daß man die Vernunft und Disziplin unseres Volkes nach dem Zusammenbruch nicht deuten darf als eine Geneigtheit, sich auf die Dauer mit einem volksfremden System und der deutschen Teilung abzufinden. Dieser 17. Juni 1953 hat bewiesen, daß der Wille der Deutschen zur Einheit und Freiheit keine nationalistische Phrase, sondern eine sehr lebendige Realität ist. Und er hat weiter bewiesen, daß der Status quo nicht eine eingebildete, sondern eine wirkliche Gefahr ist.

Der 17. Juni ist eine Mahnung, geschrieben mit dem Blut deutscher Freiheitsopter. Wird sie nicht beherzigt, dann zwingt man uns Deutsche gegen unseren Willen, schließlich nur noch auf Unruhe und Gegensätze in der Welt zu spekulieren, Deutschland, das eine Basis des Friedens und der Ordnung in der Mitte Europas sein könnte und müßte, bliebe ein für die Welt und uns selber beängstigender Explosionsherd. Ein solcher Herd ständiger Spannung im Zentrum Europas ist noch ungleich gefährlicher als die Spannungsfelder der zur nationalen Einigung drängenden ehemaligen Kolonialvölker.

Nicht auf ein Abstellgleis!

Wo aber bleibt die spürbare Überprüfung und Neuordnung der sowjetischen Deutschlandpolitik? Das Standrecht des 17. Juni ist zwar verschwunden, aber im Grunde hält sie noch immer da, wo sie vor drei Jahren stand. Die Sowjets vermindern zwar die große Zahl ihrer Divisionen in Mitteldeutschland, aber sie schützen und erhalten, nach wie vor mit ihrer Macht das System, das allein der deutschen Einheit und der internationalen Verständigung im Wege steht. Sie verkünden seit dem vorigen Jahr feierlich den Grundsatz der „gegenseitigen Nichtermischung in die inneren Angelegenheiten aus irgendwelchen Beweggründen wirtschaftlicher, politischer oder

ideologischer Natur“, aber sie haben bisher nichts getan, um die Deutschen im sowjetischen Besatzungsgebiet über ihre inneren Angelegenheiten frei entscheiden zu lassen. Sie verweisen uns auf Pankow als Gesprächspartner, auf ein System, an dessen Spitze noch immer die Partei und die Männer stehen, die vor drei Jahren die Einmischung sowjetischer Panzer gegen das angeblich von ihnen repräsentierte Volk gebraucht haben. Wer soll glauben, daß diese Pankower Männer jemals die Zustimmung zu einer Wiedervereinigung nach freiem Willen des Gesamtvolkes geben würden! Männer wie Ulbricht und seine Gruppe werden nie freiwillig politischen Selbstmord begehen, und deshalb hat es keinen Sinn, mit Pankow zu verhandeln. Mit Pankow verhandeln, das würde nur bedeuten, daß wir selber die Aufgabe der deutschen Wiedervereinigung auf ein sowjetisches Abstellgleis rangieren.

In Wahrheit ist der 17. Juni heute noch genauso wie vor drei Jahren ein Appell an die sowjetische Deutschlandpolitik. Den Demonstranten des 17. Juni 1953 war es nicht darum zu tun, das Prestige der Besatzungsmacht herauszufordern. Sie haben es sogar bewußt respektiert. Sie sind damals, solange das sowjetische Militär nicht aktiv eingriff, in untadeliger Disziplin an ihm vorbei und um es herumgezogen. Für diese Demonstranten war der Aufstand eine Auseinandersetzung unter Deutschen, eine Auseinandersetzung des Volkes mit seinen Pankower Zwingherren. In einer fast rührenden Weise gaben sich die Teilnehmer der Freiheitszüge Mühe, das über den Sprachunterschied hinweg deutlich zu machen — durch Gesten und durch den Gesang von Arbeiterliedern, denn sie meinten, die sowjetischen Soldaten würden wenigstens aus den Melodien das Geschehen richtig verstehen.

Es gäbe Wege...

Alles wäre anders, wenn für Mitteldeutschland Männer sprechen würden, die den wirklichen Willen des Volkes darstellen. Die Sowjets brauchen nur zu wollen, und sie könnten

(Fortsetzung auf Seite 7)

Strafvollzug ändern!

Eine Anregung der Exil-CDU

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1
Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Berlin (Eigenmeldung). Am 17. und 18. Juni tagte in Berlin der legale Hauptvorstand der CDU der sowjetischen Besatzungszone (Exil-CDU). Im Vordergrund der Beratungen standen die Frage der politischen Gefangenen und die Möglichkeiten aktiver deutscher Wiedervereinigungspolitik. An die Bundesregierung wird der Wunsch gerichtet, im Interesse der vielen Tausenden, die in den sowjetischen Haftanstalten noch immer leiden, die Initiative zu ergreifen und in einem großzügigen Akt den Strafvollzug der wenigen kommunistischen Gesinnungstäter anzusetzen, natürlich mit Ausnahme der wegen Menschenraubes Verurteilten.

Der Vorstand ist der Meinung, daß die umstrittenen Äußerungen von Parteisekretär Chrustschow, die soviel Aufsehen erregt haben, und die unklare Andeutung zur Wiedervereinigungsfrage in der Abrüstungsnote Bulgariens an die Bundesrepublik der Bundesregierung Anlaß geben sollten, auf diplomatischem Wege eine Klarstellung des sowjetischen Willens in der Frage der deutschen Einheit zu erstreben.

Bonn (Eigenmeldung). Gegenwärtig gehen Mittelsmänner zwischen Bonn und Pankow hin und her, um eine Amnestie für die „politischen Häftlinge“ in der Sowjetzone und im Bundesgebiet zu erreichen. Obwohl von der Bundesregierung kein offizieller Auftrag in dieser Richtung erteilt worden ist, besteht in Bonn anscheinend die Bereitschaft, in eine Entlassung der kleinen Gruppe verurteilter Kommunisten im Bundesgebiet einzuwilligen, wenn dadurch die Freilassung der auf etwa 19 000 geschätzten politischen Häftlinge in der Sowjetzone erreicht werden kann.

Der erste Kontakt in dieser Frage erfolgt jetzt zwischen der FDP-Fraktion des Bundestages und der liberal-demokratischen Fraktion der sowjetischen Volkskammer. Der FDP-Vorsitzende Dr. Dehler hat der LPD-Fraktion in Ostberlin einen Gesetzentwurf für eine Amnestie im Bundesgebiet zugeschickt und die Vorlage dieses Entwurfs im Bundestag für den Fall angekündigt, daß die LPD-Fraktion in der Volkskammer einen entsprechenden Amnestie-Entwurf einbringt.

Filmtreffpunkt für 33 Nationen

Berliner Festspiele mit großem Programm

Berlin (Eigenbericht). Die Festspiele werden am 22. Juni im Gloria-Palast in Westberlin eröffnet mit verschiedenen Ansprachen und mit der Verteilung der Bundesfilmpreise durch Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder. Es folgt eine internationale Starparade und die Vorführung des amerikanischen Ballettfilms „Einladung zum Tanz“.

Bis zum 3. Juli werden in zwei Festspielhäusern am Kurfürstendamm rund 100 Filme, davon über 30 Spiel- und fünf abendfüllende Dokumentarfilme aus 33 Ländern und ein Dokumentarfilm der Vereinten Nationen gezeigt. 29 Filme sind Uraufführungen, 17 sind europäische Erstaufführungen. Deutschland ist mit dem Gerhart-Hauptmann-Film „Vor Sonnenuntergang“, mit zwei abendfüllenden farbigen Dokumentarfilmen und fünf kurzen Kulturfilmen vertreten.

Zum erstenmal werden in diesem Jahr auch Preise durch eine internationale Jury verteilt, da die Berliner Filmfestspiele inzwischen wie Cannes und Venedig vom Internationa-

len Filmproduzentenverband als Veranstaltung mit Wettbewerb anerkannt wurden.

Bisher haben etwa 30 Filmstars aus aller Welt ihr Kommen zugesagt.

Stadt wußt dem Uran weichen

Berlin (Eigenmeldung). Der größte Teil der 11 000 Einwohner der Stadt Ronneburg im Landkreis Gera (Thüringen) soll, wie der Untersuchungsausschuß freier Juristen erfährt, geräumt werden, weil Geologen dort auf umfangreiche Uranerzlager gestoßen sind.

VEB — Zehn Jahre später

(Fortsetzung von Seite 1)

triebsklima gewiß besser war als das in den Nachfolge-VEB. Schließlich haben sich auch die Zeiß-Arbeiter nicht ohne Grund einer Zwangsauflösung der „kapitalistischen“ Zeiß-Stiftung lange genug widersetzt.

Hierzu wäre zu sagen: Niemand — auch nicht die SED — kann die Maßnahmen Hitlers

und die Taten seiner „Wehrwirtschaftsführer“ als Argument gegen die freie Wirtschaft benutzen. Niemand aber denkt auch daran — wie die SED das an diesem Tage den Zonenarbeitern weismachen möchte — diese „Wehrwirtschaftsführer“ wieder als unumstrittene Chefs in die heutigen VEB einzusetzen, wenn der Tag der Wiedervereinigung gekommen ist.

Mahnfeuer am Eisernen Vorhang

Deutschland gedachte der Opfer des Volksaufstandes

Berlin (Eigenmeldung/DPA). Vor der Ruine des Reichstages, nur wenige hundert Meter von der Sektorengrenze entfernt, versammelten sich am vergangenen Sonnabend bei Einbruch der Dunkelheit mehrere Tausend Berliner zu einer feierlichen Gedenkveranstaltung für die Opfer des Juni-Aufstandes im sowjetisch besetzten Gebiet vor drei Jahren. In einer eisernen Schale loderten die Flammen eines Mahnfeuers, an dem Sportler ihre Fackeln entzündeten und in einem Staffellauf über die Straße des 17. Juni zum Ernst-Reuter-Platz trugen, von wo aus sie mit Kraftwagen in die zwölf Westberliner Bezirke gefahren wurden.

Zur gleichen Stunde flammten entlang der Zonengrenze, von Lübeck bis nach Hof, Mahnfeuer auf und verkündeten der Bevölkerung Mitteldeutschlands, daß der freie Teil Deutschlands unlösbar mit ihr verbunden bleibt.

Die Feier vor dem Reichstag, an der auch Bundesminister Jakob Kaiser teilnahm, wurde von Bürgermeister Willy Mesek eröffnet. In eindrucksvollen Worten gedachte er der Opfer des Volksaufstandes und würdigte den Tag der deutschen Einheit.

Eines der größten Mahnfeuer hatte die Staffel des Bezirks Steglitz auf dem weithin sichtbaren Berg am Osdorfer Weg in Lichterfelde unmittelbar an der Zonengrenze entzündet. Die Feierstunde wurde mit dem Lied „Nur der Freiheit gehört unser Leben“ eingeleitet. Des Aufstandes und der Opfer des 17. Juni gedachte in einer Ansprache Bezirksbürgermeister Dr. von Hansemann. Während der Feierstunde leuchteten aus allen Himmelsrichtungen die

Mahnfeuer der anderen Bezirke auf. Auf dem „Insulaner“ in Schöneberg, von der Zonengrenze in Lichtenrade und vom hohen Turm der Schadowschule in Zehlendorf. Die Feierstunde klang aus mit der dritten Strophe des Deutschlandliedes.

Weithin sichtbar in das benachbarte Kleinmachnow in der Sowjetzone leuchtete das rote Magnesiumfeuer vom Turm der Schadowschule in Zehlendorf. Auch hier hatten sich die Berliner vor dem Rathaus in der

Kirchstraße versammelt, wo Bezirksbürgermeister Dr. Stiewe die Gedenkansprache hielt.

Bereits am Nachmittag hatten Delegationen der „Zentralvereinigung der Nachkriegsemitanten aus der UdSSR“, der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ und der „Arbeitsgemeinschaft 17. Juni“ am Ehrenmal für die gefallenen Freiheitskämpfer auf der Potsdamer Chaussee am Avus-Kleeblatt Zehlendorf Kränze niedergelegt.

Während einer akademischen Feier in München bezeichnete Dr. Wolfgang Schütz, geschäftsführendes Mitglied des Kuratoriums

„Unteilbares Deutschland, den „Volksaufstand gegen die Volksdemokratie“ als ein Ereignis, das nur mit den Bauernkriegen des Mittelalters vergleichbar sei. Wenn ihm auch der Erfolg versagt blieb, habe er doch der ganzen freien Welt die Tyrannei des Ostens jenseits der Elbe ins Bewußtsein gerufen.

NATO berät Bulganin-Brief

Einheitliche Antwort des Westens

Paris (DPA). Der ständige NATO-Rat hat in Paris mit Beratungen über die Schreiben begonnen, die der sowjetische Ministerpräsident Bulganin an die Regierungen von sieben NATO-Staaten gerichtet hat. Diese Besprechung war der Auftakt der Bemühungen des Westens, die Antworten an Bulganin aufeinander abzustimmen.

Wie von gutunterrichteter Seite bei der NATO verlautete, werden die sieben Regierungen, die den Bulganin-Brief erhielten, in Kürze eine gesonderte Sitzung ihrer Vertreter im ständigen NATO-Rat abhalten. Das Ergebnis dieser Beratungen der Bundesrepublik, der USA, Großbritannien, Kanadas, Frankreichs, Italiens und der Türkei wird dann voraussichtlich noch einmal vom ständigen NATO-Rat besprochen werden, dem alle 15 NATO-Länder angehören. Bei dieser Gelegenheit soll auch die deutsche Note besprochen werden, die die Bundesregierung zum Problem der Wiedervereinigung an die vier Großmächte richten wird.

Das Abrüstungsthema, dem der Bulganin-Brief gewidmet war, rückt mehr und mehr in den Mittelpunkt des diplomatischen Geschehens. Im Juli kommt die UN-Abrüstungskommission in New York zusammen. Premierminister Eden teilte mit, daß sich Großbritannien auf dieser Sitzung für eine Begrenzung und spätere Einstellung der Versuche mit Wasserstoffbomben einsetzen werde.

Kritik an Stalins Kritikern

Stalins KP-Chef fühlt sich stark

Rom (DPA/AP). Der Führer der italienischen KP, Togliatti, hat in einem Interview mit einer nichtkommunistischen literarischen Zeitschrift unverhüllt Kritik an den Kritikern Stalins geübt und erklärt, die jetzigen Machthaber der Sowjetunion seien selbst mitschuldig an dem fehlerhaften Kurs Stalins gewesen.

Die Verurteilung des Persönlichkeitskultes verschleiere die westlichen Probleme. „Diese bestehen darin, wie und weshalb die Sowjetunion zu Formen jenseits von Demokratie und Legalität, ja zu Formen der Degene-

ration gelangen konnte“, erklärte Togliatti.

Stalin war nach Ansicht Togliattis zugleich Urheber und Ausdruck dieser Entwicklung. Stalins schwerer Irrtum sei es gewesen, dieses System unerlaubterweise verlängert zu haben, der seiner Mitarbeiter, ihn dabei gewähren zu lassen. „Die jetzigen Sowjetführer haben Stalin besser gekannt als wir, und daher müssen wir ihnen glauben, wenn sie ihn jetzt so darstellen... Heute üben sie zwar selbst Kritik, was sehr verdienstvoll ist, aber sie büßen damit zweifellos etwas von ihrem Prestige ein.“

So sind sie wirklich:

„Det Hotel mußte abgeben!“

Wenn irgendwo in der sowjetzonalen Landwirtschaft etwas mit der Ablieferung nicht klappt, pflegt wenig später beim „Rat des Kreises“ ein kleiner, stämmiger Mann in einem dunkelblauen „Sachsenring“ vorzufahren: „Soll ich Ihnen zeigen, wie man bei den Bauern Kartoffeln findet...?“

Der „Staatssekretär für Erfassung und Verkauf“, Hermann Streit, ist in diesen Dingen nicht ganz unerfahren. Er hat sie während der Stalinischen „Bauernsäuberung“ in der Ukraine mit Erfolg praktiziert. Heute ist er, als direkt dem Ministerrat unterstellter Staatssekretär, hauptverantwortlich für die oft rigorosen Maßnahmen der staatlichen Eintreiber und Erfassungsfunktionäre. Streit ist oft genug selbst in die Ortschaften gefahren und hat den Bauern das Getreide von der Tenne geholt. „Käme er mit dem Pferd vorgeritten, könnte man ihn für einen römischen Stuer Eintreiber halten!“ hat Ulbricht einmal von seinem obersten Ernte-Kommissar gesagt...

„Es war sehr schwer...“

Streit ist am 19. Juni 1909 in Grünberg/Schlesien als Sohn eines Melkers geboren. Er selbst lernte Schuhmacher und zeigte keinerlei sonderliche Begabung für den Klassenkampf. Erst ein Streit mit seinem Meister brachte ihn zu den Gewerkschaften, die er fortan nicht mehr verließ. Er wurde bezahlter Funktionär.

Die schlesischen Gewerkschaften waren die ärmsten in der Weimarer Zeit. Streit ging zwischendurch als angelegener Drehler in die Industrie. Noch gab es keine gutdotierten „BGL-Sekretäre“. 1930 etwa schickte man ihn zu Studienzwecken in die Sowjetunion. Der einstige Melkersohn wurde tätiger Augenzeuge der brutalen Strafexpeditionen Stalins gegen die ukrainischen Bauern. Dann aber mußte er als einfacher Musikant auf einer der neugebildeten Kolchosen arbeiten. „Es war sehr schwer, damals!“ pflegt er

HERMANN STREIT

noch heute über diese Zeit zu sagen. Das Verständnis für die schwer um ihr Brot ringenden Kollektivbauern aber ist ihm auch dort nicht gewachsen.

In Fußmärschen nach Berlin

Die Nazis sperrten den inzwischen zur KPD gestoßenen Streit in ein KZ, aus dem er 1939 wegen schwerer Krankheit entlassen wurde. Er ging trotzdem nach Spanien, kämpfte unter Heinrich Rau in den Internationalen Brigaden und wurde anschließend von Laval in Südfrankreich interniert. An die einrückenden deutschen Truppen ausgeliefert, verbrachte Streit den Rest des Krieges zusammen mit Heinrich Rau in Mauthausen, von wo aus sich beide nach ihrer Befreiung in Fußmärschen nach Berlin durchschlugen. Just in dem Augenblick, als Ulbricht und die ersten Moskau-Heimkehrer wohlgenährt auf einem Acker bei Frankfurt/Oder landeten,

In der brandenburgischen Provinzialregierung saß damals „Bodenreform-Vater“ Edwin Hoernle. Als dieser nach Berlin avancierte, ging Rau nach Potsdam, um bald Minister für Wirtschaftsplanung zu werden. Seinen Freund Streit berief er als Stellvertreter und Hauptabteilungsleiter für Handel und Versorgung. Beide wohnten in Potsdams „Prominenten-Hotel“, dem „Elefanten“ in der Lindenstraße, dessen Wirtin, eine Frau Schulze, mit Streit in den Stand der Ehe trat. Ihr erster Mann, ein alter PG, war bereits verschwunden.

So wurde Streit Regierungsfunktionär und Hotellier. Neujahr 1949 machte ihn Rau zum Chef der noch jungen „HO“. Streit versagte kläglich und wurde durch den Warenhaus-Experten Bänder (inzwischen verhaftet und wieder freigelassen) ersetzt. Oktober 1949, als man die „DDR“ aus der Taufe hob, bekam er seine heu-

tige Funktion. Um gleichzeitig sein Hotel zu verlieren. Denn schon lange stichelten die Genossen: „Det Hotel mußte abgeben! Ein Staatssekretär als Privatunternehmer...!“ Streit dürfte der einzige Zonenhotellier geblieben sein, der sein Geschäft zum vollen Wert an die HO verkaufen konnte.

Heute hat Streit eine Villa in Treptow, in unmittelbarer Nähe seines Freundes Rau. Er hat starken Rückhalt bei den Sowjets. Streit spricht russisch mit oberschlesischem und deutsch mit russischem Akzent. Er ist ein Arbeitsfier und der Schrecken seiner Funktionäre. Nicht selten rast er mitten in der Nacht unangemeldet in eine kleine Kreisstadt, um den örtlichen Erfassungskommissar aus den Federn zu holen. Dabei ist Streit ein schwerkranker Mann. Nicht selten müssen seine Begleiter den an unheilbarem Rheuma Erkrankten in Decken gehüllt aus dem Wagen tragen.

Steckenpferd: Schweinemast!

Er hat eine Schwäche: Die Schweinemast. Es ist vorgekommen, daß ein Bauer, der ihn in einen erstklassigen Schweinestall zu führen vermochte, die gesamte Ablieferungsschuld erlassen bekam. Auch dies paßt zu Streits Charakterbild. Ein „römischer Steuerinquisitor“, dessen Launen und Brutalität laufend wechseln wie ein Hochsommerwetter in der Ernte.

Streit ist gefürchtet, besonders wenn er sich betrinkt. Er hat Ulbricht und die übrigen SED-Regierungsmitglieder bereits mehrmals anlässlich öffentlicher Empfänge durch seine Unmäßigkeit in unangenehme Situationen gebracht. Seither wird er nicht mehr eingeladen. Man sieht ihn auf keiner größeren Veranstaltung mehr; die wenigsten kennen ihn von Angesicht. Nur die Bauern, denen er das Letzte aus Scheunen und Kammern holt, mögen ihn verfluchen. Ob ihn das rührt? Er müßte sich dazu selbst verleugnen...

SED befürchtet Ernte-Krise

Fehler in der Mechanisierung der Landwirtschaft zugegeben

Es müssen schwerwiegende Fehler sein, ehe sich die SED dazu entschließt, sie zuzugeben. Aber in puncto Landwirtschaft nimmt man in oberen SED-Kreisen kein Blatt mehr vor den Mund: Die großangelegte „Mechanisierung der Landwirtschaft“ in der Zone hat sich als Fehlschlag erwiesen. Man hat Millionenbeträge falsch investiert. Der Mythos des sowjetischen Mähdeschers „Stalinez“ wurde erschleiert: Die Dinger mögen gut sein für sowjetische Mammutkolchosen, bei uns sind sie nurentabel und völlig ohne Wert! Die sovjetzonale Traktorenproduktion wird umgestellt. Viele Typen werden überhaupt nicht mehr produziert, ihre Überreste dürfen ohne Aussicht auf Ersatzteile verrotten. Das bedeutet nicht zuletzt den Verzicht auf weitere, dringend erforderliche MTS-Stationen.

Die Überprüfung der Erntevorbereitungen in den Kreisen und Gemeinden hat den Ministerrat der Zone am Wochenende veranlaßt, einen staatlichen „LPG-Beirat“ zu bilden. Diesem gehören maßgebliche Funktionäre aus Regierung und SED-Zentralkomitee an. Er hat die Aufgabe, die Kollektivierung der noch selbständigen Bauern „auf der Basis der Überzeugungsarbeit“ voranzutreiben und den LPG verstärkte Ernte-Unterstützung zu garantieren. Die SED befürchtet eine Ernte-Krise. Und sie befürchtet diese Krise in erster Linie in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

LPG-Bauern enttäuscht

Der Grund liegt auf der Hand. Die 1954 zur LPG gestoßenen Bauern haben bei der letzten Ernte auf Grund schlechter Organisation und mangelnder maschineller Ausrüstung geringe Erträge und dementsprechend kleine Einnahmen gehabt. In diesem Frühjahr herrschte bei ihnen vorwiegend Enttäuschung und die Meinung vor: „Es hat überhaupt keinen Sinn, sich abzurackern, wenn uns doch nur das Minimum bleiben kann!“ Die im Vorjahr kollektivierten Bauern aber sehen der neuen Ernte nahezu unvorbereitet entgegen. Bei den 1955 gegründeten LPG ist alles improvisiert. Es sind keine Maschinen-Traktoren-Stationen gegründet worden, die bestehenden erwiesen sich schon im letzten Jahr als von zu geringer Kapazität. Viele Bauern haben, durch Erfahrungen gewitzt, vor dem Eintritt in die LPG ihr wertvollstes Vieh samt Land-

maschinen verkauft. Es gibt LPG mit 50 und mehr Mitgliedern, die nur über die technische Ausrüstung eines mittleren Bauernhofes verfügen!

In den MTS aber ist die Lage geradezu katastrophal. Die Fachministerien haben ihre Versprechungen auf Ersatzteil-Lieferungen nicht einhalten können. Rund 30 Prozent des Maschinenparks sind unbrauchbar oder in Dauerreparatur. IFA, Horch und die anderen Werke haben mit der Produktionsumstellung im Landmaschinenbau vollauf zu tun und pflegen Reparaturanfragen überhaupt nicht mehr zu beantworten. Die SED hat bereits den MTS-Super-

aktivisten und „Volkskammer-abgeordneten“ Bruno Kießler mit einer Handvoll Funktionäre auf Bittreise in die Herstellerwerke geschickt, um die Arbeiter zu Sonderschichten zu bewegen.

Krach um „Stalinez“

Krach aber hat es um die „Stalinez“, die gefeierte sowjetischen Großgerät-Mähdescher, gegeben. Diese „Stalinez“ werden zu hohen Preisen im Lizenzbau in der Zone hergestellt. Bei ihrer Übernahme ging man von der Voraussetzung großflächiger Bodenbearbeitung aus. Man hoffte bei Gründung der LPG, daß sich ganze Dörfer kollektivieren lassen würden. Die Praxis hat gezeigt, daß die heutigen LPG viel zu klein sind, um mit dortartigen Geräten rentabel arbeiten zu können. Dazu kommt, daß die „Stalinez a) zu teuer in der Herstellung, b) zu schwierig zu reparieren und c) in zu geringer Auflage zu produzieren sind. Experten haben ohne Mühe errechnet, daß man mit diesem Aufwand, der aus reinen Prestige Gründen betrieben wurde, die doppelte Zahl brauchbarer Landmaschinen der Mittelklasse hätte produzieren können. Solche Fehler sind nicht rückgängig zu machen.

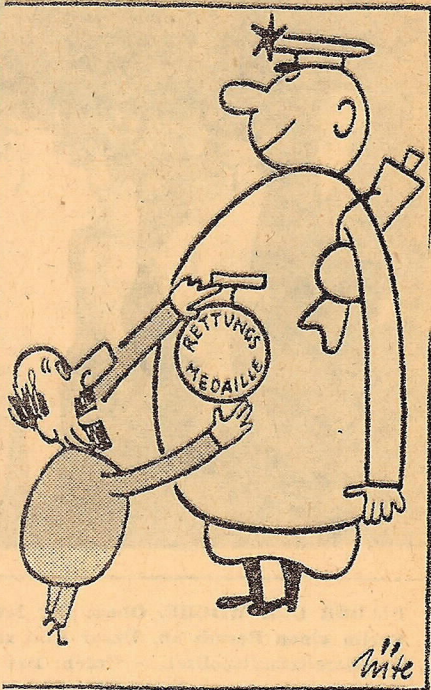
Einzelbauern sind zuverlässiger

Ist die Produktion ausreichend, bucht man die Verluste ab und bemüht sich, künftig Besseres zu vollbringen. Anders in der Planwirtschaft. Hier hinterläßt jeder Planfehler eine bitterböse und folgenschwere Lücke. Nicht ohne Grund ist die Zahl der LPG seit vier Jahren laufend angestiegen, ohne daß sich die MTS um eine einzige vermehren konnten! Gewiß kann man Bauern mit diesen und jenen Mitteln kollektivieren. Aber ihnen die erforderlichen Maschinen für die Kollektivarbeit zu geben, dazu gehören mehr als ein paar Brigaden Funktionäre und einige Tonnen Agitationsmaterial.

Einen entscheidenden Denkfehler begeht die SED darüber hinaus. Sie stützt sich auch in diesem Jahr wieder in erster

Linie auf die LPG. Eine gehässige Kampagne soll dafür sorgen, daß die Einzelbauern in diesem Jahr von den MTS so gut wie nicht bedient werden. Tatsächlich jedoch kann die SED nur auf die Erträge der Einzelbauern mit Sicherheit in Planzahlen rechnen! Die Erträge gerade der neugebildeten LPG sind völlig ungewiß. Die MTS selbst sind daran interessiert, für die Einzelbauern zu arbeiten, weil sie von diesen mit Sicherheit ihren Gegenwert bekommen. Somit spielt die SED ein verhängnisvolles und unter Umständen die gesamte Ernte gefährdendes Spiel. Hoffen wir im Interesse der Bevölkerung, daß ihr „Denkfehler“ nicht zu einer Ernte-Katastrophe führt!

17. Juni



TITO: „Der Empfang hier war großartig. Genossen, bloß ich kann mir den Namen der Stadt nicht merken!“

Pankows Dank!

Der Aufstand und die Sowjets

(Fortsetzung von Seite 2)

auf eine sogar nach Pankower Gesetz legale Weise eine echte mitteldeutsche Volksvertretung schaffen, ohne ihr Prestige oder ihre militärische Position als Besatzungsmacht zu verletzen. Die jetzige Pankower Volksvertretung ist auch nach der Verfassung der sogenannten DDR illegal. Die Abgeordneten sind auf einer Einheitsliste und deshalb nicht „nach den Grundsätzen der Verhältniswahl“ gewählt, wie Artikel 51 der DDR-Verfassung vorschreibt. Und die Länder sind als Grundlage des DDR-Staates und seiner Gesetzgebung ausgeschaltet, bzw. beseitigt, obwohl Artikel 1 der DDR-Verfassung ausdrücklich bestimmt, die DDR „baut auf den deutschen Ländern auf“. Die 1952 verfassungs-

widrig aufgelösten Länder hatten Verfassungen, die bereits um die Jahreswende 1946/47 geschaffen worden waren und deshalb einen einigermaßen demokratischen Inhalt hatten. Diese Verfassungen waren sogar ausdrücklich von der sowjetischen Militärverwaltung genehmigt. Der Verabschiedung der Verfassung des Landes Sachsen in Dresden am 28. Februar 1947 wohnten in feierlicher Weise Vertreter der SMA bei. Man brauchte also nur auf diese Verfassung zurückzugreifen, um in Brandenburg, Sachsen, Thüringen usw. legale Ordnungen herzustellen und von daher die Basis für eine echte mitteldeutsche Vertretung und ein gesamtdeutsches Gespräch zu schaffen.

Natürlich drängt sich die

Frage auf, ob solche Überlegungen realistisch sind. Man kann nur antworten: hoffentlich! Entscheidend ist ja nicht, ob nun gerade dieser oder ein benachbarter Weg gegangen wird. Entscheidend sind die Bereitschaft und die Richtung. Denn die eigentliche Frage ist die, ob man geneigt ist, einen vernünftigen Ausweg aus der mitteldeutschen Situation zu suchen und zu gehen. Diese Frage steht vor den Sowjets. Diese Frage ist zugleich die Frage der Glaubhaftigkeit ihres Bekenntnisses zur Nichteinmischung und zum Nebeneinander. Solange die Sowjets das Pankower Regime nicht dem freien Volkswillen überlassen, so lange steht die sowjetische Besatzungszone der allgemeinen Verständigung im Wege — und so lange ist der 17. Juni noch nicht zu Ende.



BILDER DER WOCHE. Oben: Der indonesische Staatspräsident Dr. Soekarno stattete Berlin einen Besuch ab. Unser Bild zeigt ihn beim Abschreiten einer Ehrenformation der Bereitschaftspolizei. — Unten: Das Düsenflugzeug „ME 200“, von Messerschmitt in Spanien gebaut, wurde in Köln-Wahn Vertretern des Verteidigungsministeriums vorgeführt. Reisegeschwindigkeit: 800 km/st.

